
***Herbstgutachten 2017
der Projektgruppe
Gemeinschaftsdiagnose***

***„Aufschwung weiter kräftig -
Anspannungen nehmen zu“***

6. Oktober 2017

BDI - Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 1771817758-48

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

EU-Register der Interessenvertreter
Nr. 7749519702-29

Mitglieder von
BUSINESSEUROPE

Haus der
Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

1. Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat nach Einschätzung der Institute an Stärke und Breite gewonnen. Hierzu haben neben dem expandierten Konsum die Investitionen und der Außenhandel beigetragen. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion fortsetzen. Die Einschätzung der Geschäftslage laut ifo-Konjunkturtest befindet sich noch immer nahe am historischen Höchstwert. Die Auftragsbestände in der Bauwirtschaft sind ausgesprochen hoch. Der Aufbau von Beschäftigung hält weiter an. Die vollen Auftragsbücher und die hohe Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe dürften neben den günstigen Finanzierungsbedingungen die Ausrüstungsinvestitionen weiter steigen lassen. Zudem stützen die kräftige Weltkonjunktur und der sich fortsetzende Aufschwung im Euroraum die Exporttätigkeit. In der Summe dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Durchschnitt des Jahres 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 % zunehmen. Um Kalendereffekte bereinigt, beträgt die Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate sogar 2,2%. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 600.000 Personen steigen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird dagegen nur um 150.000 sinken. Arbeitskräfte aus den Staaten der Europäischen Union werden dabei erheblich zum Beschäftigungsaufbau beigetragen. **Für das Jahr 2018** prognostizieren die Institute einen Anstieg des BIP um 2,0 % (arbeitstäglich bereinigt +2,1 %). Die Konsumausgaben werden sich etwa im gleichen Tempo entwickeln wie im Jahr 2017. Von den Investitionen wird ein ähnlich hoher Wachstumsbeitrag erwartet. Während die Dynamik bei Bauinvestitionen und sonstigen Anlagen etwas nachlässt, dürften die Ausrüstungsinvestitionen etwas kräftiger steigen. Die Ausfuhren dürften leicht beschleunigt zunehmen, gleichzeitig aber eine spürbare Ausweitung der Einfuhren nach sich ziehen, so dass sich der Außenbeitrag rein rechnerisch neutral auf die gesamtwirtschaftliche Expansion auswirkt. Das BIP wird im Jahr 2018 etwas stärker steigen als das Produktionspotenzial und den Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten weiter steigen lassen. Die Arbeitslosigkeit dürfte in geringerem Maße zurückgehen, als die Beschäftigung steigt. Ursachen hierfür sind die sich fortsetzende Zuwanderung und die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren. Zudem erhalten Geflüchtete nach Abschluss von Asylverfahren und Qualifizierungsmaßnahmen zunehmend Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote wird auf 5,5 % sinken.

Eckpunkte der Prognose

Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2016	2017	2018
BIP (real) in %	1,9	1,9	2,0
Erwerbstätige im Inland in Mio.	43,6	44,3	44,8
Arbeitslose in Mio.	2,69	2,54	2,46
Arbeitslosenquote in % (BA-Definition)	6,1	5,7	5,5
Verbraucherpreise in %	0,5	1,7	1,7
Lohnstückkosten in %	1,6	1,9	1,8
Finanzierungssaldo Staat in % des BIP	0,8	0,9	1,1
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	8,3	7,8	7,9



Die Institute haben ihre **Konjunkturprognose** für 2017 im Vergleich zur Frühjahrsprognose von 1,5 % um 0,4 Prozentpunkte auf 1,9 % angehoben. Die Aufwärtskorrektur ist zum Teil auf eine Revision der amtlichen Zahlen zurückzuführen. So wurde das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der Vergangenheit unterschätzt, was eine Aufwärtsrevision um 0,1 Prozentpunkte erforderlich machte. Weitere 0,2 Prozentpunkte geht auf den Prognosefehler für die erste Jahreshälfte 2017 zurück, der Rest auf die Prognoseanpassung für das dritte und vierte Quartal. Verwendungsseitig kam es vor allem bei den Konsumausgaben zu größeren Prognoseanpassungen, weil die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deutlich unterschätzt wurde. Bei den Bauinvestitionen führte die Revision der Bauproduktionsstatistik zu einer Aufwärtskorrektur. Während die Institute den Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen deutlich unterschätzt haben, ist der Prognosefehler bei den sonstigen Anlageinvestitionen auf die deutlich höheren Zuwachsraten in der Vergangenheit zurückzuführen, die das Statistische Bundesamt nunmehr nach oben angepasst hat. Deutlich nach unten angepasst wurde die Prognose über die Entwicklung der staatlichen Konsumausgaben. Hier waren neben einer Datenrevision die geringer als erwarteten Gesundheitsausgaben maßgeblich.

2. Zur Wirtschaftspolitik

Vollkommen zu Recht verweisen die Institute zudem auf die im internationalen Vergleich hohe Belastung des Faktors Arbeit – u. a. durch Sozialabgaben. In diesem Zuge sehen sie Spielraum sowohl den Verlauf des Einkommensteuertarifs als auch die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung anzupassen. BDA und BDI begrüßen die Forderung der Institute die Abgabenbelastung zu senken und setzen sich für eine **Begrenzung des Gesamtbeitrags zu den Sozialversicherungen** auf 40 % ein.

Die Institute schlagen eine Anpassung des Verlaufs des Einkommensteuertarifs durch gezielte Steuerentlastungen gerade kleinerer und mittlerer Einkommen vor, da dies die Leistungsgerechtigkeit im Steuerrecht stärken als auch die Leistungsbereitschaft von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern belohnen würde. Die regelmäßige Anpassung der Eckwerte des Einkommensteuertarifs wäre dabei genauso erforderlich wie die Verringerung des tariflichen „Mittelstandsbauchs“ und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Eine Absenkung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung stellt mittelfristig ein geeignetes Mittel zur Entlastung des Faktors Arbeit dar.

Mit Blick auf die demographische Entwicklung warnen die Wirtschaftsforscher zudem richtigerweise vor einer deutlichen Verschlechterung der Situation der gesetzlichen Rentenversicherung. BDA und BDI unterstützen deshalb ausdrücklich die Forderungen der Institute, umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um dem abnehmenden Potenzialwachstum entgegenzuwirken. Hierfür bedarf es insbesondere weiterer Verbesserungen bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren, bei der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** sowie bei der gezielten Zuwanderung.

Die Wirtschaftsforscher fordern, die strukturellen Budgetüberschüsse des Staates verstärkt zur Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen zu verwenden. Richtigerweise betonen Sie dabei, dass aufgrund der

momentan guten Kapazitätsauslastung keine kurzfristigen Ziele angestrebt werden sollten. Vielmehr gilt es investive Ausgaben zu stärken, welche langfristig das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Hierzu gehören insbesondere **Investitionen in Bildung und Integration**. Gleichwohl muss im Hinblick auf die aktuell besonders günstigen Finanzierungsbedingungen der **Abbau der Staatsverschuldung** weiter vorangetrieben werden.

3. Schwerpunktthema Finanzierungsüberschüsse der Unternehmen in Deutschland

In einem weiteren Kapitel suchen die Institute nach Erklärungsansätzen für die seit den frühen 2000er Jahren im Trend steigenden **Finanzierungsüberschüsse von nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften**, die mit zuletzt 3 % der gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftsleistung eine erhebliche Größenordnung erreicht haben. Hierfür gibt es aus Sicht der Institute mehrere Gründe. So haben die Unternehmenssteuerreformen in den 2000er Jahren aus steuerlicher Perspektive die Thesaurierung von Unternehmensgewinne im Vergleich zu Ausschüttungen und Entnahmen attraktiver gemacht. Die Verschärfung der Bankenregulierung durch **Basel II und III** dürfte auch im Unternehmenssektor dazu geführt haben, die **Eigenkapitalbasis** zu stärken. Auch die in der Finanzkrise erlebte abrupte angebotsseitige Beschränkung der Kreditversorgung (Kreditklemme) dürfte Unternehmen dazu bewegt haben, mehr Liquidität vorzuhalten. Die veränderte Struktur der Investitionen dürfte ebenfalls einen Einfluss auf den geänderten Finanzierungssaldo der Unternehmen gehabt haben. Seit den 1990er Jahren ist der Anteil der **Sonstigen Anlagen** (Softwares; Patente; F&E-Ausgaben) an den Bruttoanlageinvestitionen von 11 % auf 18 % gestiegen. Da für diese Art der Investitionen aufgrund mangelnder Absicherungsmöglichkeiten häufig keine externen Kapitalgeber gefunden werden können, waren die Unternehmen wohl oder übel gezwungen, diese Investitionen mit Eigenkapital zu finanzieren. Der Finanzierungssaldo des Unternehmenssektors steigt für sich genommen auch, wenn Investitionen im Ausland getätigt werden. So ist der Bestand deutscher Direktinvestitionen im Ausland von knapp 20 % in Relation zum BIP im Jahr 1991 auf über 40 % im Jahr 2014 gestiegen. Hinter dieser Entwicklung stehen die zunehmende internationale Handelsverflechtung, verbesserte institutionelle Bedingungen für Investitionen in der Europäischen Union sowie auch eine stärkere Einbindung von Schwellenländern in internationale Wertschöpfungsketten. Wirft der im Ausland aufgebaute Bestand an Direktinvestitionen Gewinne ab, steigert dies ebenfalls den Finanzierungssaldo. Schließlich dürfte auch der Einfluss des Niedrigzinsumfeldes auf die Rückstellungen für **Direktzusagen bei der betrieblichen Altersversorgung** beigetragen haben. Bei sinkenden Zinsen ist eine höhere Pensionsrückstellung erforderlich, die bilanztechnisch den Fremdkapitalanteil steigen und die Eigenkapitalquote sinken lässt. Mit der verstärkten Einbehaltung von Gewinnen können Unternehmen diesem Trend entgegenwirken.

